

Nationalratswahlsystem: Schwächen und Reformoptionen

A. Schwächen des österreichischen Nationalratswahlsystems

- 1. Vorzugsstimmen ohne Wirkung:** Nur im Ausnahmefall entfalten Vorzugsstimmen eine Wirkung. Das war zum Beispiel 1983 mit der Wahl von Josef Cap und 1999 mit der Abwahl von Maria Rauch-Kallat in ihrem Wiener Regionalwahlkreis der Fall. Grundsätzlich kann man davon ausgehen, dass die eigenen personellen Präferenzen keinen Einfluss auf die Zusammensetzung des Nationalrats haben.
- 2. Viele sichere Mandate:** Die personelle Zusammensetzung des Nationalratsklubs nach der Wahl ist zumeist schon vor der Wahl bekannt. Wer seinen Regionalwahlkreis verliert, ist zumeist über die Landesliste abgesichert. Wer es dort nicht schafft, kommt oft über die Bundesliste zum Zug. Der Anreiz möglichst viele WählerInnen zu überzeugen ist gering, wenn der eigene Verbleib im Parlament mit dem persönlichen Wahlergebnis in keinem engen Zusammenhang steht.
- 3. Kein Anreiz zur eigenen Profilierung:** Wer ausschließlich von der Gunst der Parteiführung abhängig ist und nicht von jener der Bevölkerung, hat nur einen geringen Anreiz zur Profilierung. Eigene Akzente zu setzen verschlechtert zumeist nur die Chancen bei der Listenerstellung, gewonnene Sympathien bei den WählerInnen können das Mandat in der Regel auch nicht mehr retten. Das ist auch auf die politische Kultur zurückzuführen. Das Wahlsystem könnte aber bessere Anreize schaffen.
- 4. Keine Abbildung der internen Vielfalt der Partei:** Während die meisten parlamentarischen Fraktionen die innerparteilichen Strömungen in der Partei gut widerspiegeln (SPD: Seeheimer, Netzwerker und Parlamentarische Linke; US Democrats: New Democrats, Blue Dog Coalition und Progressive Caucus), gibt es im SPÖ-Klub keine starke innere Diversifikation.

B. Grundansprüche an eine Wahlsystemreform

- 1. Jedes Mandat ist ein Kampfmandat:** Jede Mandatarin bzw. jeder Mandatar sowie jeder Bewerber bzw. jede Bewerberin auf einem vorderen Listenplatz sollte zumindest damit rechnen müssen, das Mandat auch verlieren zu können.
- 2. Realistische Mandatschancen für QuerdenkerInnen:** Von der Parteiführung bzw. der Parteimehrheit nicht unterstützte KandidatInnen sollten mit einem gut geführten Persönlichkeitswahlkampf eine realistische Chance auf einen Einzug ins Parlament haben.
- 3. Proportionalität:** Eine stärkere Persönlichkeitsorientierung ist auch ohne Mehrheitswahlrecht möglich. Kleine Parteien sollten weiterhin faire Chancen auf

einen Mandatsgewinn haben. Die Mandatsverteilung im Parlament muss weiterhin die Verhältnisse der Parteistimmen proportional abbilden.

4. **Jede Stimme hat ein Gewicht:** Die Anzahl der verlorenen bzw. wirkungslosen Stimmen sollte auch bei den Vorzugsstimmen möglichst gering sein.
5. **Wählen ohne Taktik:** Der Wähler bzw. die Wählerin sollte seine wirklichen Präferenzen bei der Wahl zum Ausdruck bringen können und sich nicht auf aussichtsreiche KandidatInnen fokussieren müssen.
6. **Wählen muss nicht kompliziert sein:** Der Komplexitätsgrad des Wahlsystems sollte für einen durchschnittlich informierten Wähler oder eine Wählerin fassbar sein. Gut informierte WählerInnen sollten über keinen überproportionalen Einfluss verfügen.

C. Optionen für eine Reform

1. Kumulieren und Panaschieren:

Vorteile:

- Aufteilung des Stimmgewichts auf verschiedene Parteien möglich
- Individuelle Stärkung von KandidatInnen

Nachteile:

- große Komplexität aufgrund vieler Stimmen
- Mehrheitswahlrecht innerhalb der Liste – viele verschwendete oder unwirksame Stimmen

Beispiele:

- Kommunalwahlen in fast allen deutschen Bundesländern (Gemeinderäte und Kreistage)
- Wahl der Bürgerschaft (Landtag) in Bremen und Hamburg
- Wahlen zum Nationalrat, den kantonalen Parlamenten und den kommunalen Vertretungen in der Schweiz

2. Übertragbare Einzelstimme:

Vorteile:

- Kaum verlorene Stimmen
- Verteilung von Präferenzen über die Parteien hinweg möglich
- Hohe Personalisierung bei Wahrung der Verhältniswahlgrundsätze außerhalb und innerhalb der „Liste“

Nachteile:

- Höherer Komplexitätsgrad: Nummerierung von KandidatInnen statt Ankreuzen „X“

Beispiele:

- Irland: auf allen Ebenen
- Nordirland: Councils, Regionalparlament und MEPs
- Schottland: Councils und Health Boards
- Neuseeland: Health Boards und teilweise Councils
- Australien: Senat auf Bundesebene und meist die zweite Kammer in den Bundesstaaten, in manchen die erste; Councils mit Ausnahme von Queensland und Western Australia
- Malta: auf allen Ebenen
- Indien: bei der indirekten Wahl des Oberhauses
- Island: Verfassungsgebende Versammlung
- USA: Cambridge MA, Minneapolis MN
- Parteien: Liberal Democrats UK, Democratic Party USA in manchen Bundesstaaten
- zahlreiche Gewerkschaften und zivilgesellschaftliche Organisationen in anglosächsischen Ländern